

Gemäß § 53 Abs. 4 GOG
an die Abgeordneten verteilt
Präs. Rosenkranz, 10:10 Uhr
ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Meri Disoski, Freundinnen und Freunde

**betreffend Unterstützung der Demokratiebewegung in Serbien und klare
Haltung der österreichischen Bundesregierung zu den jüngsten Entwicklungen**

eingebraucht im Zuge der Debatte zum Antrag 278/A(E) der Abgeordneten Mag. Karoline Edtstadler, MMag. Pia Maria Wieninger, Veit Valentin Dengler, Mag. Meri Disoski, Kolleginnen und Kollegen betreffend VN-Sicherheitsratskandidatur unter Einbindung des Parlaments (112 d.B.) (Top 1)

BEGRÜNDUNG

Serbien erlebt derzeit eine der schwersten demokratischen Krisen seiner jüngeren Geschichte. Seit Ende 2024 finden in Serbien die größten Proteste seit den 1990er-Jahren statt. Tausende Bürgerinnen und Bürger, vor allem Studierende und Vertreter:innen der Zivilgesellschaft, demonstrieren friedlich gegen die Einschränkung demokratischer Freiheiten, Korruption und den Abbau rechtsstaatlicher Prinzipien. Die serbische Regierung begegnet diesen Protesten mit unverhältnismäßiger Polizeigewalt, willkürlichen Festnahmen und Repressionen, wodurch grundlegende Menschenrechte, insbesondere die Versammlungs- und Meinungsfreiheit, systematisch verletzt werden.

Anfang Juli kam es abermals zu Großdemonstrationen. Die Studierenden rufen vermehrt zu „zivilem Ungehorsam“ auf. Es kam zu Verkehrsblockaden in vielen Städten Serbiens. Allein am Mittwoch, 2.7., zählte die Nichtregierungsorganisation CRTA mindestens 181 Straßenblockaden im ganzen Land. Die Polizei reagierte mit repressiver Gewalt.

Die brutalen Repressionen und der Angriff auf elementare Menschenrechte sind nicht nur eine nationale Tragödie, sondern eine Herausforderung für die gesamte Europäische Union. Denn als EU-Beitrittskandidat und bedeutender geo- und wirtschaftspolitischer Akteur am Westbalkan spielt Serbien eine besondere Rolle.

Österreich muss gerade aufgrund der besonderen Beziehung und Nachbarschaft zu Serbien und der Region eine klare und solidarische Haltung einnehmen. Wegschauen ist keine Option. Die österreichische Bundesregierung wird aufgefordert, sich öffentlich für die Achtung der demokratischen Grundrechte in Serbien auszusprechen, Gewalt und Repression gegen die Zivilbevölkerung zu verurteilen und die serbische Regierung zu einem ehrlichen Dialog mit den Studierenden und anderen Protestierenden

aufzufordern, damit in Folge freie, faire und transparente Neuwahlen durchgeführt werden können.

Nur durch klare Unterstützung demokratischer Kräfte und die Förderung von Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten können wir langfristig Frieden und Stabilität in der Region sichern.

Serbien besitzt seit 2012 den Status als offizieller EU-Beitrittskandidat. Die Europäische Union fordert als Voraussetzung für den EU Beitritt von Bewerberstaaten die sogenannten Kopenhagener Kriterien zu erfüllen, zu denen stabile demokratische Institutionen, die Rechtsstaatlichkeit sowie der Schutz von Menschen- und Minderheitenrechten gehören. Die gegenwärtigen Entwicklungen in Serbien stellen schwerwiegende Verstöße gegen diese Voraussetzungen dar und erfordern eine klare und entschiedene Reaktion seitens der EU und Österreich.

Bis dato wird weder auf EU-Ebene noch von österreichischer Seite genügend Druck auf die serbische Regierung ausgeübt.

Dies steht im Widerspruch zum Ziel der österreichischen Außenpolitik, den Demokratisierungsprozess auf dem Westbalkan zu fördern. Und es steht auch im Widerspruch zum Ziel der österreichischen VN-Sicherheitsratskandidatur, sich unermüdlich für die Förderung und den Schutz der Menschenrechte für alle einzusetzen und die Rechtsstaatlichkeit auf allen Ebenen zu stärken.¹

Eine glaubwürdige Unterstützung der Demokratiebewegung in Serbien und ein konsequentes Eintreten für demokratische Standards sind unabdingbar, um die Stabilität in der Region zu sichern und Serbien eine reale Perspektive auf einen EU-Beitritt zu eröffnen. Ein offener und respektvoller Dialog ist Voraussetzung für Serbiens weiteren Weg in die EU.

Die unterfertigenden Abgeordneten stellen daher folgenden

¹ <https://www.bmeia.gv.at/themen/oesterreich-und-die-vereinten-nationen/kandidatur-zum-un-sicherheitsrat> (7.7.2025)

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung, insbesondere die Bundesministerin für europäische und internationale Angelegenheiten, wird aufgefordert,

1. sich unmissverständlich und öffentlich auf allen Ebenen für die Achtung der demokratischen Grundrechte, die Meinungsfreiheit und Versammlungsfreiheit in Serbien einzusetzen;
2. die Anwendung von Polizeigewalt und willkürliche Festnahmen sowie jede Art von Repressionen seitens serbischer Behörden gegen friedliche Demonstrierende klar zu verurteilen;
3. die serbische Regierung aufzufordern, einen ehrlichen offenen Dialog mit der Zivilgesellschaft und der Demokratiebewegung aufzunehmen an deren Ende freie, faire und transparente Neuwahlen durchgeführt werden;
4. im Rahmen der EU-Beitrittsverhandlungen jeden Gesprächskanal auf allen Ebenen zu nützen, um die Einhaltung demokratischer Prinzipien und Menschenrechte als unverrückbare Voraussetzung zu betonen und Verstöße entsprechend zu sanktionieren
5. sich auf europäischer Ebene dafür einzusetzen, dass die Zivilgesellschaft, die Universitäten und die Studierenden, die die Demokratiebewegung Serbiens tragen, unabhängige Medien und Menschenrechtsinitiativen sowie Gewerkschaften und andere Organisationen, die sich für Rechtstaatlichkeit, Transparenz und Kampf gegen Korruption einsetzen, in Serbien unterstützt werden;
6. die Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen wie OSZE, Europarat und Vereinten Nationen zu verstärken, damit diese Serbien bei der Bekämpfung der Korruption und Stärkung der Rechtstaatlichkeit unterstützen, sowie um die Lage kontinuierlich zu beobachten und gemeinsam mit Serbien notwendige Maßnahmen zu koordinieren, um zum gemeinsamen Ziel beizutragen, die EU-Mindeststandards in den oben genannten Bereichen herzustellen;
7. auf europäischer Ebene alle Programme zu intensivieren, die die Stärkung der Unabhängigkeit, Rechenschaftspflicht und Transparenz des serbischen Justizsystems im Sinne der EU-Beitrittsanforderungen vorantreiben;
8. auf allen Ebenen Bemühungen im Belgrad-Pristina-Dialog voranzutreiben;

9. auf allen Ebenen Serbiens Regierung und Zivilgesellschaft zu unterstützen, um wieder Fortschritte im Bereich der Medienfreiheit zu erzielen;
10. sich auf europäischer Ebene dafür einzusetzen, den strategischen EU Status des Lithiumabbau-Projekt Jadar wieder abzuerkennen, wenn keine relevanten Fortschritte im Bereich der Rechtstaatlichkeit, bei Reformen des Wahlrechts, Medienfreiheit und Kampf gegen Korruption ersichtlich sind.“


(ZADLO)


(PRAMMER)


GÖRÖ


(KOZAK)


(BRISK)

